



Niederschrift

-öffentlich-

über die

Sitzung des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü.

Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 29.10.2025
Beginn:	16:00 Uhr
Ende	17:40 Uhr
Ort, Raum:	Landratsamt Würzburg, Zeppelinstraße 15, Sitzungssaal II, im Haus II

Anwesend waren:

Landrat

Eberth, Thomas

Weitere Mitglieder IKA Stadt Wü

Oberbürgermeister Heilig, Martin

Mitglieder der CSU Fraktion

Götz, Jürgen

Krämer, Helmut

Lehrieder, Paul

Rothenbucher, Andrea

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Hansen, Sebastian

Labeille, Aljoscha

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Schömig, Klara

Mitglieder der FDP/ödp-Fraktion

Kuhl, Florian

anwesend ab 16:22 Uhr

Weitere Mitglieder IKA Stadt Wü

Grötsch, Christa

Hofmann, Josef

anwesend ab 16:25 Uhr

Kerner, Christiane

anwesend bis 17:32 Uhr

Kolbow, Alexander

Mack, Konstantin

Vertretung für Herrn Niklas Dehne

Schloßareck, Michael

Vorlová, Sandra, Dr.

Protokollführerin

Scholl, Roswitha

Außerdem anwesend:

vom Landratsamt Würzburg:

S - Herr Dröse

SFB 3 - Herr Schuster

SFB 6 - Herr Restetzki

SFB 8 - Herr Neubert

ZFB 3 - Frau Schumacher

von der Stadt Würzburg:

Frau Roth-Jörg, 3. berufsm. Bürgermeisterin
Herr Braminski, Sonderaufgaben/Projekte

von Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH:

Herr Schliemann, Referent Geschäftsführung

von Smarte Region Würzburg:

Herr Richter, Projektleiter
Frau Schröder, Marketing/Kommunikation

Abwesend/Entschuldigt:

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Fiederling, Hans

Vertretung für Herrn Thomas Rützel
entschuldigt
entschuldigt

Rützel, Thomas

Mitglieder der SPD Fraktion

Haupt-Kreutzer, Christine

entschuldigt

Weitere Mitglieder IKA Stadt Wü

Dehne, Niklas
Omert, Volker
Pohl, Petra
Schubert, Kurt

entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------|---|-----------------------|
| 1. | Entwicklungsstrategie stadt.land.wü. | StabL/066/2025 |
| 2. | Smarte Region - Sachstandsbericht | StabL/063/2025 |
| 3. | Bildungsregion stadt.land.wü. | SFB6/055/2025 |
| 4. | Sonstiges | ZFB3/041/2025 |
| 4.1. | Interfraktioneller Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag und Stadtrat Würzburg: Mehr Komfort und Effizienz im ÖPNV: Einführung des Einstiegs an allen Türen bei Bussen im Stadt- und Landkreis Würzburg | |
| 4.2. | Antrag des Klinikums Würzburg Mitte gGmbH auf finanzielle Unterstützung der Geburtshilfe | |
| 4.3. | Busverbindung Dürrbachtal - Veitshöchheim | |

Landrat Thomas Eberth begrüßt alle anwesenden Mitglieder des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü., Herrn Oberbürgermeister Heilig sowie Frau 3. Bürgermeisterin Roth-Jörg und die Damen und Herren der Stadt- und Landkreisverwaltung. Ebenso willkommen heißt er Herrn Richter von der Smarten Region.

Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist, mit der Tagesordnung Einverständnis besteht und die Beschlussfähigkeit hergestellt ist.

Er stellt weiter fest, dass Einverständnis mit der Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Sonstiges“ besteht, in welchem über den eingegangenen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag und Stadtrat Würzburg: „Mehr Komfort und Effizienz im ÖPNV: Einführung des Einstiegs an allen Türen bei Bussen im Stadt- und Landkreis Würzburg“ sowie über den Sachstand beim Thema Klinikum Würzburg Mitte gesprochen werden könne.

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin	Vorlage: StabL/066/2025
	29.10.2025	TOP 1
		öffentlich
Fachbereich: S - Stabsstelle Landrat		

Betreff:

Entwicklungsstrategie stadt.land.wü.

Anlage/n:

- Präsentation

Sachverhalt:

Rückblick

Mit der **Entwicklungsstrategie stadt.land.wü.** verfolgen Stadt und Landkreis Würzburg das Ziel, den regionalen Herausforderungen – wie demografischem Wandel, Digitalisierung, Fachkräftemangel und Klimaschutz – durch eine vertiefte interkommunale Zusammenarbeit zu begegnen. Die Region soll als leistungsfähiger Wirtschafts-, Wissenschafts- und Lebensraum gesichert und weiterentwickelt werden.

Mit der im Frühjahr 2024 begonnenen **Entwicklungsstrategie** wurde zunächst eine umfassende Analysephase durchgeführt. Bürgerbeteiligungen, Workshops und Fachgespräche bestätigten Synergiepotenziale in nahezu allen Handlungsfeldern des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü. (IKA). Der IKA beauftragte daher am **19. Februar 2025** die Verwaltungen, Vorschläge für eine zukünftige Verwaltungsstruktur unter enger Einbindung der 52 Landkreiskommunen weiter zu prüfen.

Es folgten Strategiegespräche mit Landtagsabgeordneten, der Kommunalaufsicht, der Regierung von Unterfranken und dem Bayerischen Innenministerium. Diese signalisierten breite Unterstützung, empfahlen jedoch ein schrittweises Vorgehen im bestehenden Rechtsrahmen.

Die vertieften Fokusgruppengespräche zeigten, dass Kooperationen Effizienz und Spezialisierung fördern, zugleich aber rechtliche und organisatorische Hürden bestehen.

Am **23. Juni 2025** beauftragte der IKA, einen **Stufenplan** mit konkreten Umsetzungsempfehlungen unter Berücksichtigung der 52 Gemeinden zu erarbeiten mit der langfristigen Perspektive einer möglichen „**Region Würzburg**“.

Zielkonzept mit Maßnahmenkatalog

Auf Basis des **Grundlagenpapiers**, der Ergebnisse aus den **Bürgerbeteiligungsformaten**, den intensiven **Gesprächen** mit den **Fachbereichen** wird derzeit das Zielkonzept mit konkretem Maßnahmenkatalog je IKA-Handlungsfeld erarbeitet.

In der Sitzung wird zum Sachstand informiert.

Das finale Strategiepapier wird dem Stadtrat sowie dem Kreistag im Dezember 2025 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Debatte:

Landrat Eberth führt in den Sachverhalt ein und weist u.a. auf extrem steigende Sozialkosten hin. Die Effizienz in den Verwaltungen und auch die Kosten der Kommunen seien hierbei ein großes Thema, weshalb er die Entwicklungsstrategie stadt.land.wü. als Chance in Effizienz-, Digitalisierungs- und Mitarbeiterstrukturprozessen sehe und dies ein gewinnbringendes Projekt sein könne und ob der finanziellen Situation vielleicht auch sein müsse.

Er spricht von dem Ziel, dass Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Landkreis von den Synergieeffekten mit Entbürokratisierung und Verwaltungsabbau profitieren könnten und gibt einige bereits gute positive Beispiele. Es müsse weiter überlegt werden, wie erfolgreich vorgegangen werden könne. Er weist auf den diesjährigen Wechsel im Stadtrat und der bevorstehenden Kommunalwahl im Jahr 2026 hin, die ebenfalls mit einigem Wechsel verbunden sei und möchte erreichen, das Thema politisch mit Beschlüssen zu hinterlegen.

Herr Braminski, Sonderaufgaben und Projekte der Stadt Würzburg, geht auf die von Herrn Landrat Eberth genannte Entbürokratisierung ein und hätte die Namensgebung „Strategieprozess Entbürokratisierung“ ebenso treffend gefunden, da es sich genau darum handle. Es gebe in jeder Sitzung des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü. einen kurzen Sachstand, diesbezüglich teilt er mit, dass das Strategiepapier stadt.land.wü. in den letzten Zügen sei. Geplant sei, dieses Anfang Dezember den Gremien zur Diskussion und später zur Beschlussfassung vorzulegen. Es sei gewollt, dass dieses Papier „atmet“ und nicht nur in der Schublade vergessen werde, da viele Potentiale vorhanden seien, dort aufgenommen zu werden. Er teilt dem Gremium mit, dass die Verortung der interkommunalen Zusammenarbeit in der Stadtverwaltung zukünftig beim Büro des Oberbürgermeisters liegen werde und somit die Zusammenarbeit auf noch bessere Beine gestellt werden könne. Herr Braminski informiert über den bisherigen Sachstand anhand einer Präsentation bis Folie 6.

Herr Dröse, Leiter Stabstelle Landrat, nimmt auf den einstimmig beschlossenen Beschluss aus der Sitzung des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü. vom 23.06.2025 Bezug, aus dem hervorgeht, dass die Verwaltung beauftragt wurde, einen Stufenplan mit konkreten Umsetzungsempfehlungen der interkommunalen Zusammenarbeit, unter Berücksichtigung der 52 Gemeinden im Landkreis, mit der möglichen Bildung einer „Region Würzburg“ als Ziel auszuarbeiten. Er weist auf den ausgearbeiteten Maßnahmenkatalog ausgehend von den Handlungsfeldern bzw. den Strategiefeldern hin. Das Thema Organisation sei bisher kein Handlungsfeld gewesen, jedoch müsse man im Rahmen der Entwicklungsstrategie auch dieses Handlungsfeld betrachten. Gleiches gelte für den Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung. Er berichtet von der guten Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen aus der operativen Ebene, in der alle Gedanken angesprochen und ernst genommen wurden. Diese werden in den einzelnen Handlungsfeldern aufgenommen. Er führt anschließend die Präsentation weiter und nennt einige Beispiele zum Maßnahmenkatalog und gibt zu den einzelnen Handlungsfeldern kurze Einblicke über die bisherigen Entwicklungen.

Landrat Eberth bedankt sich für den Vortrag und die viele Arbeit dahinter und sieht den gelungenen gegenseitigen Austausch als wichtig an.

Oberbürgermeister Heilig ist sehr überzeugt vom guten Konzept und findet, dass die Vorteile gut dargestellt seien. Für ihn gebe es zwei Hauptpunkte, weiter voran zu gehen. Erstens in den Pflichtaufgaben durch größere Mengen effizienter und kostensparender arbeiten zu können. Er nennt in diesem Zusammenhang die Kosten der Digitalisierung, die für eine kleinere Gruppe den gleichen Kostenaufwand bedeute. Zweitens sehe er die Stadt und den Landkreis als eine Region an. Bürgerinnen und Bürger arbeiten in der Stadt und wohnen im Landkreis oder umgekehrt. Angebote werden sowohl in der Stadt wie auch im Landkreis genutzt, dabei gebe es viele Überschneidungen. Wirtschaftlich werde als ein

Raum gedacht – „Sind wir gemeinsam erfolgreich oder nicht.“. Er hält es für wichtig, konzeptionell strategisch weiter daran zu arbeiten, sich gemeinsam weiter zu entwickeln.

Er könne sich dem Dank von Landrat Eberth für die dahintersteckende Leistung nur anschließen und sei zu 100 Prozent davon überzeugt, dass dies nicht nur ein sehr guter Prozess sei, sondern für die Bürgerinnen und Bürger etwas Effizientes dabei rauskomme.

Kreisrat Hansen schließt sich der Aussage von Oberbürgermeister Heilig an und sieht eine Zusammenarbeit für sinnvoll. Er fragt nach dem Umsetzungshorizont sobald die letzten Schritte zur Region gegangen seien. Weiter werfen sich für ihn Fragen auf, inwieweit Landesgesetze dafür geändert werden müssten, was das für die Kreisfreiheit und die weitere Existenz des Landkreises bedeute und ob Gemeinden ihre Kompetenzen abgeben müssten.

Landrat Eberth teilt mit, dass, sollten aus Stadt und Landkreis die politischen Beschlüsse vorliegen, der Freistaat Bayern im Bayerischen Landtag analog zu Aachen z.B. ein entsprechendes Gesetz erlassen müsste. Den diesbezüglichen Zeithorizont könne er allerdings nicht beurteilen. Kompetenzen können den Gemeinden nicht genommen werden, es sei denn durch eine freiwillige Abgabe, wie dies in Teilbereichen – siehe Standesamt – geschehen sei. Er erklärt, dass als Stadt und Landkreis dann die Befugnisse an die Region übertragen werden, sollte der Stadtrat und der Kreistag dies beschließen. Auch hier sei der Zeithorizont schwierig zu beurteilen. Er gibt zu bedenken, dass dies an politischen Entscheidungen läge und bittet zu konkretisieren und bei Bedarf eine Nachfrage zu stellen.

Herr Dröse informiert darüber, dass es anfänglich bei Gesprächen mit dem Staatsministerium des Innern hieße, dass es einer Gebietsreform bedürfe, doch dies wurde, mit Blick auf Aachen, Hannover und Saarbrücken schnell klargestellt, dass es sich hierbei um eine Verwaltungsreform handeln würde. Er teilt mit, dass in den Benchmark-Regionen die Umsetzung zwischen 4-6 Jahre gedauert habe und die Kompetenzen nicht freiwillig abgegeben wurden, sondern vom Gesetzgeber die übertragenen Aufgaben den Gemeinden entzogen und der Region übertragen worden seien. Dies sei durch entsprechende Gesetzgebung möglich. Das Aachen-Gesetz sei sehr überschaubar und Zuständigkeiten klar geregelt. Welche Verordnungen und Landesgesetzgebungen auf das Aachen-Gesetz Auswirkungen haben, sei aus den Anlagen zum Aachen-Gesetz zu entnehmen. Er fügt hinzu, dass eine neue Gebietskörperschaft mit demokratisch legitimiertem Gremium, eine Regionskonferenz, ein Regionsrat, wie auch immer dieses Gremium heißen mag, gebildet werde und in diese Richtung visionär zu denken sei. Er teilt mit, dass auch auf Ministeriumsebene Gedanken einer Re-Delegation mancher Aufgaben diskutiert werden.

Kreisrat Hansen stellt eine Verständnisfrage dahingehend, ob dies hieße, dass der Landkreis Würzburg durch diese neue Region, mit einem gewählten Regionsrat, ersetzt werde oder weiterhin neben der Stadt Würzburg und den 52 Gemeinden bestehe.

Landrat Eberth sieht dies als spannende Frage, da der Freistaat Bayern nach wie vor eine Landkreisordnung vorsehe. Dies sei der Kernpunkt, denn sollte es keinen Landkreis mehr geben, sondern eine Art „Übergremium“, dann wäre z.B. die Stadt Würzburg nicht mehr kreisfrei. Es stelle sich die Frage, wie eine Endvision „Würzburg-Gesetz“, siehe dazu auch das Aachen-Gesetz, aussehe und in welcher realistischen Dauer dies umgesetzt werden könne. Er geht auf die darunter liegenden kleinen „Quick-Steps“ ein, die bereits diskutiert wurden, wie z.B. das Standesamt mit der in der Stadt liegenden Kompetenz. Weitere kleine, zwar schwierigen, aber erreichbaren Schritte könnten das Veterinärwesen wie auch die Servicestelle Ehrenamt (mit dem Ferienpass in Stadt- und Landkreis) sein. Hierbei seien unter anderem auch Personal und personalrechtliche Fragen zu klären. Er sei der Meinung, dass man durch politischen Willen und Kraftaufwendung kleinere Schritte noch vor einer großen „Endvision“ relativ schnell verwirklichen könne.

Herr Braminski weist ergänzend darauf hin, dass die Kommunen weiter existieren werden und man sich an das Grundgesetz mit dem Selbstverwaltungsrecht der Kommunen halten müsse.

Kreisrat Lehnrieder betont noch einmal das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen nach Art. 28 Abs. 2 GG und fragt nach, ob es denkbar wäre, die Eignung der Zusammenarbeit über einen öffentlich-rechtlichen Vertrag oder einen interkommunalen Vertrag im Vorfeld für einzelne Teilbereiche regelt, um so auch evtl. bestehende Bedenken abzubauen.

Landrat Eberth teilt mit, dass dies bereits in vielen Bereichen mit Zweckverbänden und Zweckvereinbarungen schon gemacht und schrittweise gestaltet werde. In dieser Handlungsstrategie, welche dann so weit fortgeschrieben wurde, wären kleine schnelle Schritte möglich, wie z.B. die Gründung einer gemeinsamen Servicestelle Ehrenamt mit einem Vertragswerk und im evtl. nächsten Schritt stehe eine Zweckvereinbarung mit weiteren Aufgaben. Denkbar wäre im Freiwilligenbereich eine Aufgabenübertragung von gewissen Themen wie, z.B. der Müllentsorgung, Müllheizkraftwerk. Er berichtet vom neu gegründeten Zweckverband zum Thema Klärschlamm, zu dem die Kommunen Aufgaben übertragen bekommen haben und der Landkreis dabei außen vor sei. In diese Richtung wären die kleinen Schritte zu überlegen.

Herr Dröse betont in diesem Zusammenhang, dass vermieden werden soll, weitere kleine Lösungen in Form von eigenständigen juristischen Personen zu schaffen. Er berichtet von der Empfehlung des Ministeriums, zu den Themen einen Zweckverband oder eine GmbH zu gründen, doch dies sei ausdrücklich nicht gewollt, da sich dadurch wieder neue Doppelstrukturen bilden würden. Es sollen vorhandene Formate genutzt werden und diese mit weiteren Aufgabenstellungen z.B. die Verkehrsüberwachung, Archivpflege, das Vergabewesen, etc. gefüllt werden, um zu testen.

Stadträtin Kerner stimmt dem ausprobieren zu und würde dies als Modellcharakter sehen. Sie wünsche sich die Umsetzung bei der Feriengestaltung.

Kreisrat Labeille fragt direkt zum Handlungsfeld 4 „Konzeptionierung & Umsetzung eines touristischen Radwegenetzes“ nach und möchte wissen, warum es sich hier „nur“ um den Tourismus handle. Er nimmt Bezug auf das Radwegkonzept der Stadt Würzburg, welches sich ganz gezielt auf die Bedürfnisse von Pendlerinnen und Pendler richte und der Wunsch bestehe, dies im Landkreis ebenfalls umzusetzen und weist auf den bereits bestehenden Beschluss hin. Er bittet um Auskunft, an welcher Stelle darauf Einfluss genommen werden könne.

Herr Dröse teilt mit, dass große Hoffnung bestand, ein sogenanntes Alltagsradwegenetz durch den Freistaat Bayern auf den Weg zu bringen, doch dies verlief sich, seitens des Ministeriums, leider „im Sande“, obwohl hier sehr viel Zeit und Mühe betrieben wurde. Er informiert darüber, dass dieses Aufgabenfeld nun durch Herrn Neubert im SFB 7 Klimaschutz, Energiewende und Mobilität für das kommende Jahr aufgenommen wurde und zusammen mit der Stadt Würzburg ein Radwegekonzept entwickelt werden solle. Selbstverständlich werde man der Stadt- und Kreispolitik die Planungen mit den damit verbundenen Kosten vorstellen. Er fügt noch hinzu, dass dies nur ein Beispiel für einen Teilaspekt des Radwegenetzes sei.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur weiteren Veranlassung an S

Scholl
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin	Vorlage: StabL/063/2025
	29.10.2025	TOP 2
		öffentlich
Fachbereich: S - Stabsstelle Landrat		

Betreff:
Smarte Region - Sachstandsbericht

Anlage/n:

- Präsentation

Sachverhalt:

Der Projektleiter, Herr Lukas Richter, wird in der Sitzung einen Sachstandsbericht abgeben.

Debatte:

Landrat Eberth führt kurz in den Sachverhalt ein und bedankt sich beim gesamten Team für die Arbeit. Er freut sich über die bereits gesetzten Akzente in Stadt und Landkreis Würzburg und hoffe auf weitere Entwicklungen.

Herr Richter, Projektleiter Smarte Region stadt.land.wü. gibt anhand einer Präsentation einen kleinen Überblick über bereits Umgesetztes und gibt auch die nächsten Schritte bekannt. Hier wurde eine Basis geschaffen, die für andere interkommunale Projekte ebenfalls verwendet werden könne und vergleicht die Smarte Region mit einer Verleihfirma für technische Infrastruktur. Nun müsse dafür gesorgt werden, diese auch intensiver zu nutzen.

Frau Schröder, Marketing und Kommunikation Smarte Region stadt.land.wü. teilt in diesem Zuge ein Kartenspiel an die Mitglieder des IKA stadt.land.wü. aus, welches einen Überblick der Tätigkeitsfelder der Smarten Region stadt.land.wü. widerspiegelt.

Landrat Eberth bedankt sich bei Herrn Richter für die Arbeit, die nun greifbar wurde.

Es liegen keine Fragen an Herrn Richter vor.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur weiteren Veranlassung an S

Scholl
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin	Vorlage: SFB6/055/2025
	29.10.2025	TOP 3
		öffentlich
Fachbereich: SFB6 - Bildung, Sport, Kultur und Ehrenamt		

Betreff:
Bildungsregion stadt.land.wü.

Anlage/n:

- Präsentation

Sachverhalt:

Das Bildungsbüro der Stadt Würzburg und der Fachbereich Bildung, Sport, Kultur und Ehrenamt des Landkreises Würzburg informieren zum Sachstand:

Stadt und Landkreis haben in einem gemeinsamen Entwicklungsprozess zur Bildungsregion stadt.land.wü. nachhaltige Strukturen geschaffen, um Bildung in der Region strategisch und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.

Seit der gemeinsamen Interessenbekundung im Juli 2021 gestalteten Stadt und Landkreis mit Zustimmung der Jugendhilfeausschüsse den Entwicklungsprozess gemeinsam und partnerschaftlich.

Der offizielle Auftakt war am 2. Mai 2022 mit dem 1. Dialogforum erfolgt, an dem rund 150 Teilnehmende aus Bildung, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft beteiligt waren. In zahlreichen Arbeitskreisen wurden anschließend über ein Jahr sechs thematische Schwerpunkte intensiv bearbeitet, diskutiert und konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt.

Die vielfältigen Erfahrungen und die Expertise der beteiligten Bildungsakteurinnen und -akteure aus Vereinen, Initiativen, Bildungseinrichtungen, den Kammern, aber auch der Verwaltungen und politischen Vertreterinnen und Vertreter vor Ort bildeten die Grundlage der Arbeit.

Die Ergebnisse dieses intensiven Austauschs mündeten im „Regionalen Gesamtkonzept“, das beim 2. Dialogforum am 22. April 2024 einstimmig durch die Öffentlichkeit verabschiedet wurde. Dieses Konzept beinhaltet einen Blick in die Bildungslandschaft der Region, Ausführungen zu den sechs thematischen Schwerpunkten der Bildungsregion, sowie Übersichten relevanter Akteure in den jeweiligen Feldern. Darüber hinaus informiert das Gesamtkonzept über beispielhafte Projekte und Initiativen aus der regionalen Bildungspraxis und fasst die Ergebnisse der Arbeitskreise zusammen.

Das Regionale Gesamtkonzept steht nicht nur exemplarisch für die Vielfältigkeit der Bildungslandschaft, sondern bildete auch die Basis für die erfolgreiche Bewerbung um die Qualitätssiegel „Bildungsregion in Bayern“ und „Digitale Bildungsregion“, die am 11. April 2025 feierlich von Staatsministerin Anna Stolz überreicht wurden.

Mit diesen Auszeichnungen würdigt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus das herausragende Engagement beider Körperschaften, passgenaue und zukunftsweisende Bildungsangebote für ihre Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln.

Die Qualitätssiegel stehen für den erfolgreichen Aufbau gut vernetzter Bildungslandschaften in Städten und Gemeinden.

Ziel ist es, regionale Potenziale zu erkennen, Synergien zu schaffen und Bildung sowohl analog als auch digital noch besser für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich zu machen.

Neben der Bedeutsamkeit des Austauschs und der Vernetzung während des gesamten Bewerbungsprozesses wurde deutlich, dass ein großer Bedarf nach mehr Transparenz, mehr Austausch und Kooperation aus dem Kreis der im Prozess engagierten Bildungsakteure formuliert wurde.

Stadt und Landkreis nehmen sich diesen Rückmeldungen an. Erste Schritte zum Aufbau eines regionalen Bildungsportals wurden bereits durchgeführt.

Im Rahmen von Workshops und zahlreichen Arbeitstreffen konnten Stadt und Landkreis eine Leistungsbeschreibung anhand eines Lastenhefts für das Bildungsportal stadt.land.wü. ausarbeiten und damit die Rückmeldungen aus dem Regionalen Gesamtkonzept aufgreifen.

Durch ein gemeinsames Bildungsportal wird die Datengrundlage zur lokalen Bildungslandschaft ausgebaut und Transparenz und Teilhabemöglichkeiten geschaffen. Über den Fortgang des Prozesses wird der Ausschuss informiert.

Die Mitglieder der Interkommunalen Ausschusses nehmen den Sachstand zur Kenntnis.

Debatte:

Landrat Eberth führt kurz in den Sachverhalt ein und gibt mit Einverständnis des Gremiums das Wort an **Frau Roth-Jörg**, 3. berufsm. Bürgermeisterin ab, welche sich bei Herrn Landrat Eberth für sein Nachhaltigkeitsdenken und seine Überzeugungsarbeit zur Bildungsregion bedankt. Es wurde anfänglich kein Mehrwert darin gesehen und eine ablehnende Haltung eingenommen. Doch nach geleisteter Zusammenarbeit lägen nun viele Themen datenbasiert vor und das Ergebnis, so Frau Roth-Jörg „könne sich sehen lassen“. Sie sehe Bildung und das Erstreben einer digitalen Bildungsregion als einen wichtigen Bestandteil für die Zukunft an.

Landrat Eberth bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

Herrn Restetzki, Leiter des Stabstellenfachbereiches Bildung, Sport, Kultur und Ehrenamt, dieser zeigt anhand einer Präsentation die sechs Säulen der Bildungsregion stadt.land.wü.. Bei 81 Handlungsempfehlungen müsse zielführend überlegt werden, welche Punkte gemeinsam angegangen werden. Alle 6 vorgestellte Säulen haben gemeinsam, dass eine digitale Plattform geschaffen werden müsse, um die vielen Angebote möglichst barrierefrei zu bündeln. Er teilt mit, dass man nun in der Konzeptions- und Planungsphase sei, in welcher bereits Veranstaltungen mit externen IT-Experten stattgefunden haben, um aufzuzeigen, wie diese Plattform aussehen könne. Gemeinsam werde geschaut, welche Voraussetzungen für die Umsetzung geschaffen werden müssten.

Stadtrat Mack ist verwundert, dass hier von externen IT-Experten gesprochen werde, obwohl die Smarte Region genau dies abbilden könne. Er frage sich, warum hier nicht die vorhandene technische Infrastruktur genutzt werde, in die bereits investiert wurde.

Herr Restetzki stimmt zu, dass dies genau der prädestinierte Anwendungsbereich der Smarten Region darstelle. Er berichtet, dass in der Vergangenheit aufgrund Kosten- und Zeitressourcen das Bildungsportal nicht durch die Smarte Region zur Verfügung gestellt werden konnte, weshalb man, zusammen mit dem Bildungsbüro, in eine ganz umsetzungsoffene Klärung gegangen sei. Es wurden bisher 500,00 € für diesen bisherigen

Kontakt zu einem sehr gut vernetzten Anbieter investiert. Dabei wurde festgestellt, dass bestimmte technische Anforderungen gegeben sein müssten, um Schnittstellen zu externen Produkten zu integrieren. Herr Restetzki berichtet von einem Förderprogramm „Bildungskommune“ bei welchem evtl. eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt werden müsse, an der sich auch die Smarte Region bewerben könne. Er fügt an, dass man sich mit der Stadt Würzburg noch in der Findungsphase befinde.

Landrat Eberth gibt zu bedenken, dass kombinierte Förderprogramme manchmal schwierig seien.

Es besteht Einverständnis des Gremiums, **Herrn Richter** von der Smarten Region zu diesem Thema anzuhören, welcher mitteilt, dass er vor einigen Monaten auf Herrn Restetzki sowie auf das Bildungsbüro der Stadt Würzburg zugegangen sei und angeboten habe, über die Umsetzung zu sprechen, da die Ressourcen zur möglichen Gestaltung und die technischen Voraussetzungen nun vorhanden seien. Dabei wurde ihm mitgeteilt, dass wohl noch Klärungsbedarf zwischen Landkreis und Stadt bestehe. Er teilt mit, dass durchaus Potentiale zur Umsetzung bestehen. Er hoffe auf eine zeitnahe Abstimmung zwischen Stadt und Landkreis, damit in die Handlung gegangen werden könne.

Kreisrat Lehrieder nimmt auf die Handlungsempfehlungen in Säule 1 von Herrn Restetzki Bezug und fragt nach, ob hier auch Schüler aufgefangen werden, die durch digitale Übergriffe in eine unter Umständen auch lebensbedrohende Krise geraten, mit der sie nur sehr schwer alleine fertig werden würden. Er berichtet über eine Aussage von Kriminalbeamten, die in der Kinderkommission im Bundestag gefallen sei, dass sich Jugendliche aus div. Gründen sicherlich nicht an die eigenen Eltern, sondern eher an eine anonyme Stelle wenden würden. Er fragt nach, wie die Schule neben ihrem Bildungsauftrag in die Prävention gehen könne.

Herr Restetzki informiert darüber, dass dies im Rahmen der Handlungsempfehlungen unter der Säule 6 „Medienkompetenz an Schulen stärken“ eine geforderte Maßnahme darstelle. Ziel solle sein, alle möglichen Unterstützungsangebote, die es in Stadt und Landkreis Würzburg gebe, an einem Ort, mit den entsprechenden Ansprechpartnern zu bündeln, damit im Falle einer Krise alle Informationen zu finden seien.

Landrat Eberth bedankt sich für die Anmerkung von Kreisrat Lehrieder und richtet seine Worte an die Schulen, die darauf reagieren und ihren Bildungsauftrag kritisch prüfen müssen, da sich Jugendliche in der digitalen Welt endlos verlieren könnten.

Kreisrätin Rothenbucher fragt nach dem finanziellen Umstand des digitalen Büchersatzes an Würzburger Schulen.

Frau Roth-Jörg teilt mit, dass die digitale Lizenz zu den Büchern dazugekauft werde und dies im Sachaufwand der Stadt Würzburg als Kommunale Aufgabe verortet sei.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur weiteren Veranlassung an SFB 6

Zur Kenntnis an S

Scholl
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin	Vorlage: ZFB3/041/2025
	29.10.2025	TOP 4
		öffentlich
Fachbereich: ZFB3 - Sitzungsmanagement und Rechtsfragen		

Betreff:
Sonstiges

Landrat Eberth verweist auf die Niederschrift der letzten Sitzung vom 23.06.2025 und teilt mit, dass aufgrund der Nachfrage von Kreisrat Hansen über das Thema Leistenstraße informiert werden solle. Er teilt mit, dass Herr Stadtbaurat Schneider diesbezüglich um Nachsicht gebeten habe, da man hier noch nicht sprechfähig wäre. Das Thema werde in einer der nächsten Sitzungen behandelt.

Unter dem nachträglich zugefügten Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ werden u.a. folgende Themen diskutiert:

4.1 Interfraktioneller Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag und Stadtrat Würzburg: Mehr Komfort und Effizienz im ÖPNV: Einführung des Einstiegs an allen Türen bei Bussen im Stadt- und Landkreis Würzburg

4.2 Antrag des Klinikums Würzburg Mitte gGmbH auf finanzielle Unterstützung der Geburtshilfe

4.3 Busverbindung Dürrbachtal - Veitshöchheim

Scholl
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 29.10.2025	Vorlage:
		TOP 4.1
		öffentlich
Fachbereich:		

Betreff:

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag und Stadtrat Würzburg: Mehr Komfort und Effizienz im ÖPNV: Einführung des Einstiegs an allen Türen bei Bussen im Stadt- und Landkreis Würzburg

Anlage/n:

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag und Stadtrat Würzburg

Landrat Eberth informiert über den Eingang des Antrages der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag und Stadtrat Würzburg: Mehr Komfort und Effizienz im ÖPNV: Einführung des Einstiegs an allen Türen bei Bussen im Stadt- und Landkreis Würzburg, welcher den Mitgliedern des Gremiums bereits im Vorfeld zugeing.

Oberbürgermeister Heilig gibt bekannt, dass dies über den Nahverkehr Mainfranken (NVM) laufe, mit welchem die Tarifbedingungen vereinbart wurden. Ein Bericht erfolge in der nächsten Sitzung.

Landrat Eberth würde den ÖPNV beauftragen entsprechend zu eruieren, damit dies im nächsten Ausschuss vorliege.

Darüber besteht im Gremium Einverständnis.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur weiteren Veranlassung an S

Zur Kenntnis an SFB 7

Scholl
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin	Vorlage:
	29.10.2025	TOP 4.2
		öffentlich
Fachbereich:		

Betreff:

Antrag des Klinikums Würzburg Mitte gGmbH auf finanzielle Unterstützung der Geburtshilfe

Landrat Eberth teilt dem Gremium mit, dass es unter anderem zum Antrag des Klinikums Würzburg Mitte (KWM) am 10.11.2025 eine Sonderkreistagssitzung gebe. Er informiert der Vollständigkeit halber darüber, dass 5 Mio. Krankenhausumlage und 5 Mio. Defizit an die Main-Klinik bezahlt werde. Aufgrund der Haushaltslage sei kein großes Interesse vorhanden, auch noch die Geburtshilfe in der Stadt finanziell zu fördern, doch bei über 650 Gebärenden aus dem Landkreis Würzburg im KWM bestehe die Angst vor wegbrechender Klinikstruktur. Er fügt hinzu, dass das KWM mehr Geburten als die Uniklinik habe, wobei die Uniklinik z.B. mit Mehrlingsgeburten eine andere Aufgabe erfülle. Am 10.11.2025 werde im Kreistag diskutiert, damit Geburtshilfe in Stadt und Landkreis Würzburg sowie im Landkreis Main-Spessart eine Lösung erfahre. Die Klinikführung werde anwesend sein. Der Stadtrat sowie Oberbürgermeister Heilig werden vom Ergebnis in Kenntnis gesetzt.

Oberbürgermeister Heilig habe aus der Zeitung die Bewegung im Landkreis erfahren und stellt fest, dass eine andere Absprache, auch mit Landkreis Kitzingen und Landkreis Main-Spessart, getroffen worden war. Er sehe die kommunalen Finanzen mit einer zukünftig steigenden Bezirksamtlage auf ca. 60 Mio. und der Krankenhausumlage von über 4 Mio. massiv unter Druck stehend. Beim Sachaufwand obliege es doch eher dem Freistaat Bayern die Geräte für Lehrkräfte zu bezahlen und so zahlen die Kommunen - auch in anderen Bereichen - immer mehr. Die Stadt Würzburg sehe hier keine Möglichkeiten und er teilt mit, dass der Haushalt geradeso noch zustande käme, dass dieser genehmigungsfähig sei. Momentan wäre es eine freiwillige Leistung. Was das Juliusspital könne oder nicht, sei momentan nicht genügend transparent mit Zahlen belegt. Er sei für eine gemeinsame klare Linie. Ein Einstieg, welcher – wie gerade auch spürbar mit der Klinik Kitzinger Land – kompliziert sei und nicht über Nacht geschehe, käme aus seiner Sicht nicht in Frage. Er teilt mit, dass die Stadt Würzburg möglicherweise mit einem Kredit über die Sparkasse und einer Übernahme der Zinsen unterstützen könne. Für Gespräche einer Übergangszeit bis zur Krankenhausreform stände die Stadt Würzburg immer bereit. Es sollte gemeinsam signalisiert werden, über die nächsten zwei Jahre zu unterstützen. Oberbürgermeister Heilig macht deutlich, dass eine Organisation dahingehend erfolgen müsse, dass der Bund, welcher in erster Linie für Gesundheitsversorgung über die Krankenkassen zuständig sei, wieder in die Finanzierung komme.

Angesichts der Ankündigung des Bezirkes, dass die Lage sich in den nächsten Jahren nicht bessere, sei er der Meinung, sich zurück zu halten. Es müsse sich etwas verändern, sonst wären die Kommunen nicht mehr in der Lage, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Er warnt ausdrücklich davor, sich langfristig zu verpflichten und sieht gewisse Spielräume für marode Straßenbahnen, Schulen, Straßen, etc. schwinden und appelliert dazu gemeinsam hart zu bleiben.

Landrat Eberth macht deutlich, dass der Landkreis als Träger einer Klinik mit eigener Notaufnahme sich über die Problematik einer Klinikfinanzierung bewusst und aus diesem Grunde die Sensibilität vielleicht eine andere sei. Es werden als Landkreis verschiedene Disziplinen vorgehalten und versucht, zusammen mit dem Landkreis Kitzingen zu optimieren. Dies sei nicht einfach und höchst komplex, denn die Rahmenbedingungen für Kliniken seien vom Bund nicht vernünftig geregelt und so stellt Landrat Eberth fest, ein Verschieben der Krankenhausreform sei für alle Beteiligten schmerzhaft, da keine Klarheit bestehe. Dies würde im Kreistag diskutiert werden und es bleibe die Entscheidung abzuwarten. Wer am Ende den Versorgungsauftrag habe und die Sicherstellung der Geburten gewährleisten müsse, sei eine spannende Frage, vor allem für private Träger.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur Kenntnis an S

Scholl
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin	Vorlage:
	29.10.2025	TOP 4.3
		öffentlich
Fachbereich:		

Betreff:

Busverbindung Dürrbachtal - Veitshöchheim

Stadträtin Grötsch äußert sich positiv über die seit einigen Wochen bestehende Busverbindung zwischen dem Dürrbachtal und Veitshöchheim, die im Halbstunden-Takt dafür Sorge, dass manches Auto der Bürgerinnen und Bürger stehen gelassen werde. Sie berichtet vom Wunsch der Dürrbachtaler für Einkäufe, Schwimmbadbesuche oder zur Freizeitgestaltung auch nach Veitshöchheim zu gelangen. Dieser Wunsch bestehe, wie sie aus der Pressemitteilung von Veitshöchheim entnommen habe, auch auf anderer Seite. Hier sehe sie einen weiteren Ausbau einer zentral gelegenen Haltestelle, ausgehend von Oberdürrbach-Schafhof bis zu einer zentral gelegenen Haltestelle in Veitshöchheim als eine weitere positive Entwicklung einer interkommunalen Zusammenarbeit für sinnvoll, was in der Diskussion nicht vernachlässigt werden sollte.

Landrat Eberth bedankt sich und verweist auf bereits vorhandene Debatten und konkrete Angebote im Verwaltungsrat vor rund drei Jahren. Hier wäre damals das Defizit relativ hoch gewesen, doch könne dies gerne mitgenommen werden.

Kreisrat Hansen verweist auf den dazu bereits gestellten Antrag an den Verwaltungsrat in welchem dieses Thema aufgegriffen wurde und zur Diskussion beitragen könne. Er teilt mit, dass das Kommunalunternehmen damals eine entsprechende Planung erstellt habe und würde sich über eine entsprechende positive Zustimmung freuen. Er hebt die Linie 19 und 471 hervor und begrüßt jede einzelne ÖPNV-Verbesserung.

Landrat Eberth gibt zu bedenken, dass für den Verwaltungsrat entscheidend sein werde, wieviel Fahrgasteinnahmen durch eine Erweiterung der Linie generiert werden könnten. Sollten die Einnahmen zu gering ausfallen, müsse der Kreistag eine finanzielle Unterstützung entscheiden.

Kreisrat Götz berichtet in diesem Zusammenhang von geführten Diskussionen und einer Ablehnung im Verwaltungsrat bei dem Versuch, einer neuen Buslinie, welche auch Rimpar, Güntersleben und das Uniklinikum eingebunden hätte. Er teilt mit, dass es bereits vor Jahren schon Gespräche mit Herrn Oberbürgermeister Schuchardt, dem Vorstand des Kommunalunternehmens sowie der WVV gab, da es sich vorliegend um eine Verlängerung der WSB-Linie 13 handle. Er spricht von einer möglichen prozentualen Kostenbeteiligung für den Landkreis. Aus seiner Sicht wäre hier eine Testphase anzustreben und er verweist auf die Schließung des Tegut „Lädchen für alles“, mit welcher die Dürrbachtaler ohne Nahversorgung seien und nach Veitshöchheim ausweichen müssten.

Kreisrat Hansen merkt an, dass es sich bei dem Antrag nicht um eine Verlängerung der Linie 13 handle und trägt den damaligen Antrag dem Gremium vor:

„Das Kommunalunternehmen wird beauftragt, anhand der Planung aus dem Jahr 2022 ein Konzept für eine Buslinie zu entwickeln, die die Veitshöchheimer Ortsteile, den Veitshöchheimer Bahnhof, das Veitshöchheimer Gewerbegebiet und Oberdürrbach im Stundentakt miteinander verbindet und das Konzept anschließend dem Verwaltungsrat zur Entscheidung vorzulegen.“

Er hält dies für sinnvoll, da eine Anbindung an den Bahnhof mit weiteren Umstiegen allen Landkreisbürgern zu Gute käme. Dies müsse im Verwaltungsrat besprochen werden.

Landrat Eberth stellt fest, dass mit Eingang des Antrages die APG den Prüfauftrag habe.

Kreisrat Hansen betont eindringlich, dass darüber nie entschieden worden sei.

Landrat Eberth erkundigt sich nach dem Antragseingang.

Kreisrat Hansen informiert darüber, dass der Antrag wohl vor zwei Wochen eingereicht wurde.

Landrat Eberth teilt mit, dass über den eingegangenen Antrag noch mit entsprechend hinterlegten Zahlen diskutiert werde.

Kreisrat Labeille nimmt auf die Aussage von Landrat Eberth, dies im Hintergrund der Kreisfinanzen zu sehen, Bezug und bittet darum, dies auch mit Blick auf den Landkreis, mit völlig unterschiedlichen Qualitätsstandards zur Stadt zu sehen, welche erhebliche Anstrengungen einer Taktverdichtung unternehme. Als Beispiel nennt er Randersacker mit einem Stundentakt am Sonntag, wohingegen in benachbarten Stadtteilen problemlos eine 15-20 Minuten-Taktung möglich sei. Seiner Meinung nach müsse überlegt werden, ob man langfristig den Bürgerinnen und Bürger ein so deutlich schlechteres Qualitätsniveau im ÖPNV bieten könne.

Landrat Eberth sieht die Bewertung darüber beim Betrachter. Festzuhalten sei, dass die Planung in der Stadt eine andere sei. Sollte der Kreistag in der Mehrheit für eine Taktverbesserung sein und stelle die Mittel dafür zur Verfügung, freue er sich natürlich darüber.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur Kenntnis an S

Scholl
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, beendet **Landrat Eberth** die Sitzung um 17:40 Uhr.